



© R. Reichhart

AUVA-Obmann Anton Ofner soll auf Regierungswunsch kräftig sparen; der Plan: Kosten zu den Krankenkassen verschieben.



© AUVA/APA-Fotosevice/Hautzinger

# AUVA muss kämpfen

Der Großteil der geplanten Lohnnebenkostensenkung soll über die Unfallversicherung erfolgen. Diese kämpft ums Überleben.

••• Von Martin Rümmele

WIEN. Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) muss laut Regierungsprogramm bis Ende des Jahres ein Konzept zur Einsparung von 500 Mio. € vorlegen, um die Lohnnebenkosten zu senken, sonst droht ihr die Auflösung. AUVA-Obmann Anton Ofner wirbt nun in einem offenen Brief an die Unternehmer, die mit ihren Beiträgen die gesetzlichen Unfallversicherung finanzieren, um Unterstützung. Die Einsparungen seien machbar, aber nur, wenn die *versicherungsfremden* Leistungen, die die AUVA erbringe, eingestellt werden, erklärt Ofner in dem Schreiben. Und er versucht zu erklären, was die AUVA überhaupt leistet.

## Pauschale Haftpflicht

Unternehmen zahlen monatlich für einen Arbeitnehmer, der etwa 2.000 € brutto im Monat verdient, mit 1,3% der Beitragsgrundlage 26 € Unfallbeitrag an

die AUVA. Mit diesem Beitrag zur gesetzlichen Unfallversicherung sei nicht nur garantiert, dass die Mitarbeiter bei einem Arbeitsunfall die beste Versorgung bekommen. Auch die Unternehmer seien abgesichert durch das sogenannte Haftungsprivileg: Leistungen aus der Unfallversicherung werden unabhängig von der Verschuldensfrage ausbezahlt. Ofner: „Das System der AUVA garantiert somit, dass eine Haftung

von Unternehmern ausgeschlossen ist. Sie ersparen sich damit – potenziell existenzbedrohende – Schadensersatzforderungen.“

## Verlagerung zwischen Kassen

Würde die Unfallversicherung wegfallen, würde das vor allem kleine und mittelständische Unternehmen treffen, für die eine Haftpflichtversicherung gegen Arbeitsunfälle anteilmäßig wesentlich teurer wäre, als für große Industriebetriebe, die, gemessen an den einzelnen Beschäftigten, ein geringeres Risiko von Arbeitsunfällen haben. Der Plan der neuen Regierung von ÖVP und FPÖ ist aber keine Reform, sondern nur der Auftrag an die AUVA, bei sich selbst zu sparen. Wie das erfolgen soll, muss sich die Versicherung überlegen.

Deren Idee: Versicherungsfremde Leistungen und Querfinanzierungen entsprechend überprüfen und einstellen. Doch das würde bedeuten, dass Kosten nur zu anderen Kassen verlagert werden.

”

*Das System der AUVA garantiert, dass die Haftung von Unternehmen ausgeschlossen ist.*

**Anton Ofner**  
Obmann AUVA

“

## REFORM

### Kassen wollen intelligent sparen

WIEN. Der Vorsitzende im Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Alexander Biach, hat seine Bereitschaft zur Zusammenlegung von Kassen bekräftigt. Er plädierte aber für Fusionen „mit Köpfchen“ und „ohne Brechstange“. Zuerst müssten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Der stellvertretende SVA-Obmann Alexander Herzog machte einen Nutzen für die Versicherten zur Bedingung. Wie berichtet, will die Regierung eine Fusion der Kassen. Ausgerechnet Arbeitgeber-Funktionäre wehren sich aber nun.

### „Bereit zu Reformen“

Angesichts der letzten Zusammenlegung der Träger der Eisenbahner und des Bergbaus, die immer noch erhöhte Kosten verursacht, plädierte Biach dafür, es diesmal intelligenter zu machen. Er meint damit, dass zuerst Leistungen und Beiträge harmonisiert werden müssten. Man sei zu Reformen bereit, aber die Sicherheit für die Versicherten müsse erhalten bleiben.



© Andi Bruckner

### Kassenfusion

Die SVA der gewerblichen Wirtschaft ist skeptisch, was die Fusion mit der Bauernkasse angeht.